

N i e d e r s c h r i f t

HFA/VII/25

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 12.02.2009 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

Kuhl, Horst

Löchtefeld, Klaus

Neumann, Michael

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Weber, Winfried

Vertretung für Herrn Hermann Reints

Von der Verwaltung

Isfort, Werner

Homering, Antonius

Roters, Dorothea

Berger, Elke

Fuchs, Maria

Kämmerer

Fachbereichsleiter

Produktverantwortliche

Sachbearbeiterin

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Reints, Hermann

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:50 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Herrn Bögge von der Offenen Jugendarbeit Rosendahl.

Anschließend stellte er fest, dass mit Einladung vom 3. Februar 2009 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug Bürgermeister Niehues vor, mit Rücksicht auf den als Zuhörer anwesenden Herrn Bögge den Tagesordnungspunkt 4 an den Beginn der Sitzung vorzuziehen, wobei die Nummerierung der TOPe davon unberührt blieben.

Anschließend ließ er über seinen Vorschlag **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Kämmerer Isfort berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofsgebührensatzung) Vorlage: VII/793

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage, insbesondere darauf, dass die neue Gebührenkalkulation einen Kalkulationszeitraum von zwei Jahren umfasse.

Fraktionsvorsitzender Weber bekundete sein Befremden, dass Maßstabseinheit bei der Bestattungsgebühr die Anzahl der Bestattungen sei. Er fragte nach ob es zwingend sei, die Gebühr so zu ermitteln oder ob es auch andere Kalkulationsmethoden gebe.

Sachbearbeiterin Berger wies darauf hin, dass eine kostenrechnende Einrichtung grundsätzlich mit kostendeckenden Gebühren zu kalkulieren sei. Die Prognose müsse an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden und auf einer vernünftigen Grundlage ermittelt worden sein. Die Inanspruchnahme eines Friedhofs sei nun mal an die Sterbefälle gebunden. Darüber hinaus sei man an die gesetzlichen Vorschriften gebunden.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass Gesetzesgrundlage das Kommunale Abgabengesetz (KAG) sei.

Ausschussmitglied Neumann lobte die vorgelegte Gebührenkalkulation. Diese könne nachvollzogen werden. Im Vergleich mit den aktuellen Gebührensätzen der Städte Billerbeck, Coesfeld und Gescher sowie den Gebührensätzen der katholischen Kirchengemeinden Darfeld und Osterwick liege Holtwick nicht an der Spitze. Er verwies bezüglich der Höhe der Gebühren an dieser Stelle nochmals auf die seinerzeitige Diskussion zum Thema FriedWald.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass eine Gebührenkalkulation mit einem Kalkulationszeitraum von zwei Jahren den Nachteil habe, dass noch später eingegriffen werden könne. Dieses System löse das Problem nicht, es handele sich hier allenfalls um eine Hilfslösung. Die Gebührenkalkulation leide schon lange an Mängeln, so könnten diese nicht geheilt werden.

Fraktionsvorsitzender Neumann erinnerte daran, dass seinerzeit überlegt worden sei, den grünpolitischen Wert auf 20 % hoch zu setzen. Er fragte nach, warum dies nicht umgesetzt worden sei.

Sachbearbeiterin Berger erläuterte den Sinn des grünpolitischen Wertes. Dieser sage aus, dass ein Friedhof auch einen Erholungswert habe. Es gebe Richtlinien, in welcher Höhe dieser Wert anzusetzen sei. Je mehr Grünflächen auf einem Friedhof vorhanden sei, desto höher könne der grünpolitische Wert angesetzt werden. Im Vergleich mit anderen Friedhöfen liege der Friedhof Holtwick mit seinen vorhandenen Grünflächen mit 10 % am äußersten Limit, weil der Friedhof schon sehr hoch mit Gräbern belegt sei. Der grünpolitische Wert könne nicht als „Stellschraube“ für die Ermittlung der Gebühr genutzt werden.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die der Sitzungsvorlage Nr. VII/793 als Anlage beigefügte 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofsgebührensatzung) wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

kreisangehörigen Kommunen zur strategischen Steuerung der Regionalverkehr Münsterland GmbH sowie zur europarechtskonformen Bestellung von ÖPNV-Leistungen
Vorlage: VII/778

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende umfangreiche Sitzungsvorlage. Er fasste den Sachverhalt noch einmal kurz zusammen. Heute gehe es darum, dem Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen. Nach dem Entwurf seien zukünftig die Bürgermeister mit zwei Mitgliedern im Aufsichtsrat vertreten. Der Einfluss der Kommunen, der bislang bereits minimal gewesen sei, bleibe so erhalten. Er schlage daher vor, dem Entwurf zuzustimmen.

Ausschussmitglied Neumann verwies auf § 3 der Vereinbarung. Er wolle wissen, ob der Gemeinde Rosendahl durch den Knotenpunkt am Nachtbustreff in Holtwick höhere Kosten entstehen.

Bürgermeister Niehues verneinte dies. Die Gemeinde Rosendahl sei nur kostenmäßig an der Nachtbuslinie N 7 beteiligt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass an die CDU-Fraktion Befürchtungen herangetragen worden seien, wonach durch die Übernahme von RVM-Anteilen durch den Kreis Arbeitsplätze bei den kleineren Busunternehmen verloren gehen würden. Wenn dem tatsächlich so sei, verzichte er auf eine Veräußerung der Geschäftsanteile. Er stellte den Antrag, die Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste HFA-Sitzung zu vertagen und zu dieser Sitzung den Leiter der Regionalen Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG), Herrn Gerrit Tranel, sowie Herrn Werner Schniedermann aus Everswinkel einzuladen, die die Vereinbarung dann aus ihrer Sicht noch einmal erläutern könnten.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Veräußerung von RVM-Anteilen an den Kreis nichts mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen zu tun habe. Arbeitsplätze bei kleineren Busunternehmen könnten allenfalls gefährdet sein, wenn diese bei Ausschreibungen von großen Linienbündeln das Nachsehen hätten. ÖPNV-Aufträge dürften aber ohnehin nur vom Kreis als Verkehrsträger erteilt werden. Über die vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wollten sich die Gemeinden den ohnehin geringen Einfluss hierauf sichern, zumal der gesamte Personennahverkehr im Kreis über die Kreisumlage finanziert werde. Die Gemeinde Rosendahl sei über die Kreisumlage immer beteiligt. Ferner wies er auf § 1 Abs. 2 der Vereinbarung hin, wonach der Kreis nur bis zum 31. März 2009 die Gesellschaftsanteile der kreisangehörigen Kommunen übernehme. Es sei daher ein gewisser Zeitdruck gegeben, zumal bis Ende März keine HFA-Sitzung im Sitzungskalender mehr vorgesehen sei.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies diesen Hinweis zurück; man wolle sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, mit dem Kreis Coesfeld über eine Fristverlängerung zu sprechen.

Fraktionsvorsitzender Branse sprach sich für einen Verkauf der Geschäftsanteile aus.

Er sehe gerade für die kleinen Busunternehmen keine große Gefährdung, so Fraktionsvorsitzender Weber, da er davon ausgehe, dass der Kreis keine großen Pakete ausschreiben werde.

Ausschussmitglied Kuhl widersprach Herrn Weber. Er sehe aufgrund der zukünftigen europaweiten Ausschreibungspflicht eine Belastung für die kleinen Unternehmer. Er halte es daher für notwendig, sich noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen. Eventuell müsse hier zu einer zusätzlichen HFA-Sitzung eingeladen werden.

Er werde die beiden genannten Herren zu einer HFA-Sitzung einladen, sagte Bürgermeister Niehues zu.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag der CDU-Fraktion auf Zurückstellung der Entscheidung **abstimmen**.

Der Ausschuss stimmte dem Antrag **einstimmig** zu.

4 Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2008 auf Beteiligung eines Jugendbeirates der Gemeinde Rosendahl an der politischen Beratung von jugendrelevanten Angelegenheiten
Vorlage: VII/786

Dieser Tagesordnungspunkt war vor den Tagesordnungspunkt 2 ö.S. vorgezogen worden.

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie den beigefügten CDU-Antrag.

Produktverantwortliche Roters stellte anhand einer Power-Point-Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage** beigefügt ist, den Sachverhalt noch einmal ausführlich vor. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass es hier um alle Kinder und Jugendlichen der Gemeinde Rosendahl gehe. Als nächster Schritt sei eine Informationsveranstaltung im Rathaus geplant, zu der alle interessierten Rosendahler Kinder und Jugendlichen eingeladen würden, damit diese ein Meinungsbild abgeben könnten.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass heute nicht in die inhaltliche Diskussion eingestiegen werden solle. Heute gehe es nur darum, Frau Roters den Auftrag zu erteilen, in Zusammenarbeit mit Vertretern der örtlichen Jugendvereine und –verbände und Vertretern der Offenen Jugendarbeit Rosendahl ein Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen zu erstellen.

Ausschussmitglied Weber erinnerte Ausschussmitglied Haßler daran, dass sie in der am Vortage stattgefundenen Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses eine Mitwirkung der Kinder an der Gestaltung der geplanten Mensa an der Osterwicker Hauptschule sowie an der Umbaumaßnahme der Grundschule Darfeld abgelehnt hätte. Dieses sei nicht im Sinne des Beteiligungsgebotes, wie es in § 6 der Kinder-

und Jugendförderungsgesetzes festgeschrieben sei. Des Weiteren halte er es für notwendig, einen unabhängigen Moderator für den geplanten Beteiligungsprozess zu finden, Herr Bögge als Vertreter der Offenen Jugendarbeit sei in diesem Sinne nicht unbefangen. Er begrüße es, dass nunmehr etwas in dieser Sache unternommen würde.

Ausschussmitglied Neumann erklärte, dass er den Ausführungen von Frau Roters voll zustimmen könne, allerdings erinnerte er daran, dass seine Fraktion bereits zwei Jahre zuvor ebenfalls schon eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gefordert habe. Dieses Ansinnen sei damals von der CDU-Fraktion abgelehnt worden. Nunmehr würde der richtige Weg eingeschlagen, um den Kindern und Jugendlichen eine Beteiligung ohne parteiliche oder verbandsmäßige Vorgaben zu ermöglichen. Seine Fraktion würde dieses Ziel auch weiterhin unterstützen.

Ausschussmitglied Branse bedauerte, dass der als Zuhörer anwesende Leiter der Offenen Jugendarbeit Rosendahl, Herr Bögge, keine Gelegenheit erhalte, seinerseits eine Stellungnahme abzugeben. Er widersprach zudem der Auffassung, dass Frau Roters parteiisch sei. Seine Fraktion könne sich gut vorstellen, dass es für ein Vertretungsgremium für die Kinder und Jugendlichen gleiche, freie und geheime Wahlen gäbe. Auf diese Weise könnten auch diejenigen mitwirken, die nicht in Vereinen und Verbänden gebunden seien. Finanzielle Kosten seien dabei allerdings auch zu erwarten. Außerdem könne er der Verwaltung keinen Vorwurf machen. Alle Kinder und Jugendlichen hätten über die Homepage der Gemeinde Rosendahl Zugang zu den Einladungen und Sitzungsvorlagen. Dieses Medium sei für diese Altersgruppe besonders geeignet. Nunmehr komme es darauf an zu erkunden, was den Kindern und Jugendlichen wichtig sei. Diese Entwicklung sei abzuwarten, um dann eine geeignete Beteiligungsform zu finden.

Ausschussmitglied Haßler erklärte, dass die Diskussion bereits zeige, dass es sich um ein schwieriges und komplexes Thema handle. Sie korrigierte ihre eher ablehnende Haltung im Schul- und Bildungsausschuss. Auf dem Weg zu einer Entscheidungsfindung seien Beteiligungsprozesse oft auch ermüdend. Dennoch halte sie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für sinnvoll. Hierum solle man sich in Zukunft bemühen.

Ausschussmitglied Steindorf wies Bürgermeister Niehues darauf hin, dass es bisher üblich gewesen sei, dass dem Antragsteller als erstem das Wort erteilt werde. Er habe den Ausführungen von Frau Roters nichts hinzuzufügen. Er begrüße die Idee eines ergebnisoffenen Prozesses. Im Hinblick auf die Kritik der WIR erklärte er, dass seine Fraktion es abgelehnt hätte, einen parteipolitisch initiierten Prozess der politischen Bildung von Jugendlichen zu befürworten.

Ausschussmitglied Neumann warf der CDU-Fraktion vor, die Kinder und Jugendlichen zu unterschätzen. Kinder und Jugendliche seien sehr wohl in der Lage, sich eigenständig eine Meinung zu bilden. In diesem Sinne seien sie auch grundsätzlich für Beteiligungsprozesse befähigt.

Ausschussmitglied Fliß erklärte, dass er die Einbindung einer dritten Person für nicht notwendig erachte. Seiner Meinung nach sei Frau Roters für die Übernahme der Moderatorenrolle die richtige Person.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschluss**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Vertretern der örtlichen Jugendvereine und -verbände und Vertretern der Offenen Jugendarbeit

Rosendahl ein Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen in der Gemeinde Rosendahl zu erstellen.

2. Die Vorberatung des Konzeptes erfolgt sodann im zuständigen Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss.
3. Von der Verwaltung wird anschließend geprüft, welche notwendigen Ortsrechtsanpassungen vorgenommen werden müssen und ggf. eine entsprechende Satzungsänderung entworfen.
4. Die abschließende Entscheidung über das Konzept und die ggf. notwendigen Änderungen des Ortsrechts wird vom Rat vorgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 Vorlage: VII/798

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schlug vor, zunächst die Investitionsliste ab Seite 37 des Vorberichts zum Haushaltsplan durchzugehen. Mit diesem Vorschlag zeigten sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Ausschussmitglied Neumann schlug dagegen vor, mit den Vorbemerkungen zu beginnen.

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Auf Anregung vom Ausschussmitglied Fliß schlug Kämmerer Isfort vor, im § 1 der Haushaltssatzung nachrichtlich Ergebnis- und Finanzsaldo sowie die Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit getrennt anzugeben.

Bürgermeister Niehues ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass § 2 der Haushaltssatzung wie folgt geändert werde: ‚Kreditaufnahmen für Investitionen werden nicht veranschlagt‘.

Ausschussmitglied Neumann schlug vor, den Höchstbetrag für Kassenkredite (§ 5 der Haushaltssatzung) auf 1 Mio. Euro festzusetzen.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass Sinn von Kassenkrediten sei, vorübergehend das Konto überziehen zu dürfen. Die Summe sei hier sicher sehr hoch angesetzt. Eine Festsetzung auf 1 Mio. Euro sei auch ausreichend.

Ausschussmitglied Fliß fragte nach dem Schuldenstand der KAIRO.

Kämmerer Isfort verwies auf Seite 44 des Vorberichtes zum Haushalt 2009. Dort seien die Schulen der KAIRO nachrichtlich aufgeführt.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass ehrlicherweise auch der Werteverlust der Gemeinde mit einzurechnen sei. Die Gemeinde Rosendahl habe ein Finanzproblem.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass sich der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in § 3 der Haushaltssatzung erhöhen werde. Sachlicher Hintergrund hierfür seien die Veranschlagungen für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Feuerwehr in 2010 sowie die ebenfalls in 2010 vorgesehenen Erneuerungen der Heizungsanlagen in allen Feuerwehrgerätehäusern. Um im Hinblick auf die zügige Inanspruchnahme von Mitteln des Konjunkturprogramms II ggf. vorbereitende Maßnahmen in 2009 bereits treffen und in diesem Zusammenhang rechtliche Verpflichtungen eingehen zu können, sei die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen sinnvoll.

Produkt 6 „Öffentlichkeitsarbeit und Internet“

Fraktionsvorsitzender Steindorf stellte den Antrag, die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Ansätze für die Anschaffung von Hinweisschildern für Sportanlagen (1.800 €) und von Gemeinde-Grenzschildern (1.900 €) zu streichen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	8 Ja-Stimmen
	1 Nein-Stimme
	1 Enthaltung

Produkt 10 „Gebäudemanagement“

Fraktionsvorsitzender Weber stellte den Antrag, die Erneuerung der Heizungsanlage Darfeld in das Haushaltsjahr 2010 zu verschieben.

Fraktionsvorsitzender Steindorf sprach sich für die CDU-Fraktion dafür aus, den Ansatz beizubehalten.

Ausschussmitglied Neumann wies darauf hin, dass an der Grundschule Darfeld vorrangig die Erneuerung der Toilettenanlage am Altbau vorgenommen werden müsse. Die Toilettenanlage sei nicht mehr zumutbar.

Ausschussmitglied Haßler stimmte ihm zu, dass die Toilettenanlage veraltet sei. Eventuell sei es möglich, beide Maßnahmen in 2009 durchzuführen.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass vor dem Hintergrund, dass die Heizungsanlage zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz bereits als vollständig abgängig anzusehen war, die Erneuerung der Heizungsanlage als Investition veranschlagt werden könne. Bei der Sanierung der Toilettenanlage handele es sich dagegen um Aufwand, in dieser Höhe würde sich das Ergebnis am Jahresende verschlechtern. In dieser Höhe müsste somit Eigenkapital in Anspruch genommen werden.

Fraktionsvorsitzender Weber verwies auf das Konjunkturpaket II. Nach seinem Wissenstand sei es so, dass die Mittel nur für Projekte verwandt werden dürfen, die nicht im Haushalt stehen. Insofern müsse man sich genau überlegen, welche Projekte man in den Haushalt einstelle.

Kämmerer Isfort erläuterte ausführlich die vorgesehene Abwicklung des Konjunkturpaketes II.

Für ihn habe die Instandsetzung der Toilettenanlage höchste Priorität, so Ausschussmitglied Fliß. Die Eltern in Darfeld hätten kein Verständnis dafür, wenn zunächst die Heizungsanlage erneuert werden würde.

Ausschussmitglied Kuhl plädierte dafür, die Heizungsanlage nicht zu schieben. Im Zuge des Umbaus der Aula sei es unbedingt erforderlich, die Heizungsanlage mit zu erneuern. Sofern die Heizungsanlage in 2009 nicht erneuert werden solle, müsse zwangsläufig auch der Umbau der Aula verschoben werden.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass nicht genügend finanzielle Mittel für die Durchführung beider Baumaßnahmen vorhanden seien.

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf die Diskussion im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss. Demgegenüber sei das Thema im Schul- und Bildungsausschuss nicht angesprochen worden. Die CDU-Fraktion lege ihre Prioritäten so, dass zunächst in 2009 die Aula gebaut werde. Die Toilettenanlage werde man aber nicht aus den Augen verlieren.

Ausschussmitglied Kuhl stellte den Antrag, die Toilettenanlage in den Finanzplan 2010 mit aufzunehmen.

Ausschussmitglied Neumann sprach sich nochmals für die sofortige Instandsetzung der Toilettenanlage aus.

Fraktionsvorsitzender Branse wies auf den aktuellen Schulentwicklungsplan hin. Dort werde prognostiziert, dass die Grundschule Darfeld ab dem Jahr 2012 durchgehend einzügig geführt werde. Diese Entwicklung müsse mit berücksichtigt werden.

Auf Frage von Ausschussmitglied Kuhl teilte Ausschussmitglied Haßler mit, dass im Neubautrakt eine neuere Toilettenanlage vorhanden sei. Diese reiche aus, um den Neubau der Toilettenanlage im Altbau bis 2010 zu schieben. Sie wies aber darauf hin, dass die Toilettenanlage im Altbau während der Pausen genutzt werden würden.

Ausschussmitglied Kuhl stellte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag vom Ausschussmitglied Kuhl **abstimmen**, den Ansatz für Unterhaltungsaufwendungen und –auszahlungen für das Jahr 2010 um einen Betrag von 43.100 € für die Sanierung der Toilettenanlage in der Grundschule Darfeld zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis::

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Fraktionsvorsitzender Weber schlug vor, den für die Herrichtung von Räumen für die gemeindliche Jugendarbeit für 2009 vorgesehenen Ansatz von 90.000 € zu streichen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Kämmerer Isfort schlug vor, dass zusätzlich ein Vermerk angebracht werden könne, wonach Aufwendungen für die Herrichtung von Räumlichkeiten für die gemeindliche Jugendarbeit erst getätigt werden dürfen, wenn und soweit der Rat die Inanspruchnahme des Teilansatzes freigegeben hat.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Gemeinde Rosendahl für den Neubau der Mensa aus dem 1000-Schulen-Programm die volle Antragssumme, somit 100.000 €, erhalte. Dies habe er am heutigen Tage durch einen Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen erfahren.

Ausschussmitglied Söller sprach sich hinsichtlich des Standortes der Mensa für eine Andockung an die Zweifachhalle aus. Er vertrat die Auffassung, dass der Rat im Zuge der Beschlussfassung über den Haushalt nicht darüber beschließe, an welchem Standort die Mensa gebaut werde.

Bürgermeister Niehues verwies demgegenüber auf den Empfehlungsbeschluss des Schul- und Bildungsausschusses vom 11. Februar. Der Schul- und Bildungsausschuss habe sich mehrheitlich für die Variante I ausgesprochen.

Ausschussmitglied Söller erinnerte an den Prüfauftrag aus dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss. Dort sei die Verwaltung gebeten worden zu prüfen, ob und mit welchen Kosten die Mensa an die Zweifachhalle andockt werden könne. Dieser Prüfauftrag sei nicht erfüllt worden. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Kosten für die Andockung gravierend seien. Beim Bau der Zweifachhalle sei seinerzeit versäumt worden, Bewahrungsräume vorzusehen. Diese würden bei Kultur- und Sportveranstaltungen fehlen. Heute habe man die Chance, dieses Versäumnis nachzuholen. Diese Chance solle man sich nicht entgehen lassen.

Er habe den Auftrag aus dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss so verstanden, dass nach weiteren Alternativen in Richtung Zweifachhalle gesucht werden solle, so Bürgermeister Niehues. Er werde aber Herrn Terwey bis zur Ratssitzung um Ermittlung der Kosten für die Andockung bitten.

Ausschussmitglied Kuhl verwies auf die Ausführungen von Rektor Enting aus der Schul- und Bildungsausschusssitzung. Herr Enting habe auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der Aufsichtspflicht bei einer Verlagerung der Mensa an die Zweifachhalle hingewiesen. Als Ausschussvorsitzender werde er den Beschluss des Schul- und Bildungsausschusses in die Ratssitzung tragen. Es könne nicht sein, dass Beschlüsse des Schul- und Bildungsausschusses in der Haupt- und Finanzausschusssitzung wieder angegriffen werden.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass der Rat die Entscheidung über den Bau der Mensa treffe.

Tatsache sei, dass der Prüfauftrag nicht richtig erfüllt worden sei, so Ausschussmitglied Söller. Er sei sich ziemlich sicher, dass der Schul- und Bildungsausschuss eine andere Entscheidung getroffen hätte, wenn ihm diese Variante auch vorgeschlagen worden wäre.

Produkt 20 „Sportanlagen“

Ausschussmitglied Neumann wies bezugnehmend auf die vorgesehene Anschaffung eines Kunstrasenreinigers darauf hin, dass dieser pfleglich behandelt werden

müsse. Hier sei insbesondere darauf zu achten, dass keine Kaugummis in den Kunstrasen getreten werden. Dies sei schädlich für den Reiniger. Daher schlage er vor, das Betreten des Kunstrasenplatzes mit Kaugummi zu untersagen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, die Anregung an die Vereine weiterzugeben.

Produkt 36 „Verkehrsangelegenheiten.“

Fraktionsvorsitzender Steindorf stellte den **Antrag**, den Ansatz für die Anschaffung eines Messgerätes für Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen in Höhe von 3.600 € zu streichen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	7 Ja-Stimmen
	2 Nein-Stimmen
	1 Enthaltung

Produkt 12 „Grundschulen“

Ausschussmitglied Neumann stellte den **Antrag**, der Schülerbücherei an der Grundschule Holtwick einen Betrag in Höhe von 500 € bereitzustellen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	8 Ja-Stimmen
	1 Nein-Stimme
	1 Enthaltung

Stellenplan

Auf entsprechende Nachfrage vom Ausschussmitglied Neumann teilte Bürgermeister Niehues mit, dass für 2009 nicht vorgesehen sei, einen Auszubildenden für den Ausbildungsberuf Straßenwärter einzustellen, da einem Straßenwärter momentan keine Perspektive am Bauhof geboten werden könne. Darüber hinaus sei die Straßenwärterausbildung wegen der teilweise überbetrieblichen Ausbildung sehr kostenintensiv. Anstelle der Neueinstellung eines Auszubildenden wolle man den derzeitigen Auszubildenden am Bauhof, der im Juni seine Ausbildung beenden werde, bis zum Jahresende weiterbeschäftigen. Für das Jahr 2010 sei jedoch die Einstellung eines Auszubildenden am Bauhof vorgesehen.

Ausschussmitglied Neumann stellte daraufhin den Antrag, im Stellenplan 2009 eine zusätzliche Ausbildungsstelle einzurichten.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Anforderungen im Rahmen der Ausbildung nicht zu unterschätzen seien. Ob nun noch qualifizierte Bewerber gefunden werden könnten, könne er nicht abschätzen.

Ausschussmitglied Neumann zog daraufhin den Antrag zurück.

Im Zuge der Haushaltsberatung wurden zudem folgende Fragen aufgeworfen bzw. Themen angesprochen:

Verwendung der Erstattungen aus dem Fonds Deutsche Einheit

Ausschussmitglied Fliß erinnerte daran, dass in der Ratssitzung am 6. November 2008 zugesagt worden sei, dass den Ratsmitgliedern eine Aufstellung an die Hand

gegeben werde, aus der man den Umfang der Mehrerträge aus der Feinabstimmung Fonds Deutsche Einheit und die hieraus getätigten Ausgaben entnehmen könne. Diese Aufstellung habe er bis heute nicht erhalten.

Kämmerer Isfort sagte zu, dass diese Aufstellung nachgeliefert werde.

Erstattung von Abwasserabgaben für Einleitungen aus den Kläranlagen Holtwick und Osterwick

Bürgermeister Niehues informierte darüber, dass der Gemeinde Rosendahl in den vergangenen Tagen geänderte Abgabenbescheide für die Festsetzung von Abwasserabgaben in den Jahren 2002 – 2006 zugegangen seien. Aufwendungen der Gemeinde für den Anschluss von Anwesen im Außenbereich an die Druckrohrleitung konnten mit der Abwasserabgabe verrechnet werden und hätten zu den Erstattungen geführt. Die Gesamterstattung betrage rd. 163.000 €.

Im Haushalt des Jahres 2009, so erläuterte Kämmerer Isfort, würden die angesprochenen Beträge nicht berücksichtigt, da sie, wie er inzwischen abgeklärt habe, außerordentliche Erträge darstellen, außerordentliche Erträge wiederum seien in der Haushaltsplanung keine relevanten Planungsgrößen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2009 mit ihren Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen, die in einer Änderungsliste zusammengefasst sind, sowie der Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse im Ergebnis- und im Finanzplan beschlossen.
2. Die nachfolgend aufgeführten Modernisierungs-, Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen werden als zusätzliche Maßnahmen im Sinne des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturprogramm II) veranschlagt, Deren Realisierung wird grundsätzlich an die Bereitstellung entsprechender Fördermittel gekoppelt.

Haushaltsjahr 2009

Produkt 01.015 „Gebäudemanagement“

-

Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen	
Verbundschule (Unterhaltungsaufwand)	200.000 €
- Neubau eines Toilettengebäudes für die Verbundschule (Investitionsmaßnahme - Teilbetrag aus Gesamtmaßnahme Verbundschule) (Förderanteil aus Konjunkturprogramm = 59.250 €)	137.000 €
- Erneuerung Heizungsanlage Grundschule Darfeld (Investitionsmaßnahme - Inv.-Nr. 1-10-09020)	151.500 €

Produkt 12.001 „Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen“

- Sanierung von Wirtschaftswegen (Unterhaltungsaufwand - Teilbetrag aus Kto. 522100 / 722100)	150.000 €
---	-----------

Haushaltsjahr 2010

Produkt 01.015 „Gebäudemanagement“

- Erneuerung Wärmedämmung Fw.-Gerätehaus Darfeld
Unterhaltungsaufwand – Teilbetrag aus Kto. 521100 / 721100) 25.000 €
- Erneuerung Heizungsanlage - Gerätehaus Darfeld
(Investitionsmaßnahme - Inv.-Nr. 1-10-10030) 40.000 €
- Erneuerung Heizungsanlage - Gerätehaus Holtwick
(Investitionsmaßnahme - Inv.-Nr. 1-10-12020) 48.000 €
- Erneuerung Heizungsanlage - Gerätehaus Osterwick
(Investitionsmaßnahme - Inv.-Nr. 1-10-12030) 35.000 €

Produkt 02.007 „Freiwillige Feuerwehr und Feuerschutz“

- Kauf eines Fw.-Fahrzeuges LF 16 (Löschzug Holtwick)
(Investitionsmaßnahme - Inv.-Nr. 1-40-09010) 250.000 €

Produkt 12.001 „Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen“

- Sanierung von Wirtschaftswegen (Unterhaltungsaufwand - Teilbetrag aus Kto. 522100 / 722100) 88.100 €

Durch Haushaltsvermerk ist festzulegen, dass die v.g. Modernisierungs-, Sanierungs- oder Investitionsmaßnahmen nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn sie entweder in dem veranschlagten Umfang aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturprogramm II) gefördert oder aber durch ausdrücklichen Beschluss des Rates freigegeben werden.

3. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 wird beschlossen.

Die Änderungsliste ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

6 Mitteilungen

6.1 Beseitigung von Pappeln am Droste-Hülshoff-Weg in Osterwick

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die Beseitigung der Pappeln am Droste-Hülshoff-Weg in Osterwick aufgrund der dafür notwendigen Straßensperrung in den Osterferien erfolgen werde, um den Schülerverkehr nicht zu beeinträchtigen.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

7.1 Swap-Geschäfte - Herr Fliß

Ausschussmitglied Fliß bat um Auskunft, ob die sog. Swap-Geschäfte zustimmungspflichtig sind bzw. gewesen wären.

Bürgermeister Niehues verneinte die Zustimmungspflicht. Der Kämmerer sei für die finanziellen Angelegenheiten einer Kommune zuständig. Ob die Kompetenz des Kämmerers hinsichtlich der Swap-Geschäfte eingeschränkt werden könne, müsse geklärt werden.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

8.1 Parkplatz an der Kath. Kirche Osterwick - Frau Everding

Frau Everding teilte mit, dass das sich im Eigentum der Gemeinde Rosendahl befindliche Grundstück neben der Kirche, das als Parkplatz genutzt werde, saniert werden müsste.

Bürgermeister Niehues bedankte sich für diesen Hinweis.

8.2 Auszubildender im Bereich Klärwerk - Herr Mensing

Herr Mensing fragte nach, ob angedacht sei, einen Ver- und Entsorger auszubilden.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass nicht angedacht sei, einen Ver- und Entsorger auszubilden. Nach dem Ausscheiden von Herrn Fischer werde aufgrund der Vielzahl der anfallenden elektrischen Arbeiten an den Kläranlagen dringend ein Energieanlageelektroniker benötigt. Daher werde in Kürze eine diesbezügliche Stelle ausgeschrieben. Der Energieanlageelektroniker werde dann zum Ver- und Entsorger weitergebildet.

8.3 1000-Schulen-Programm - Herr Mensing

Herr Mensing fragte nach, ob im Rahmen des 1000-Schulen-Programms bereits in 2009 mit dem Bau der Mensa begonnen werden müsse.

Bürgermeister Niehues sagte eine Klärung bis zur Ratssitzung zu.

8.4 Interkommunale Zusammenarbeit bei der Rufbereitschaft an den Kläranlagen - Herr Söller

Herr Söller fragte nach, was aus der seinerzeit angedachten ortsübergreifenden Rufbereitschaft für die Kläranlagen geworden sei.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich sei, man habe daher davon Abstand genommen.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in